

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. Mk. 9.—, vierteljährl. Mk. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verlehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. :: Strotonto Nr. 50 bei der Oberamtsparfasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigl. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Pettizeile oder deren Raum Mk. 1.—, auswärts Mk. 1.20. :: Reklamezelle Mk. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Anstufertellung werden jeweils 1 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. :: In Kontursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagsgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 13

Februar 179

Wildbad, Dienstag, den 17. Januar 1922

Februar 179

56. Jahrgang

Tagespiegel.

Abg. Dr. Strefemann erörterte in einer Rede in München die Möglichkeit eines Regierungswechsels oder von Neuwahlen für den Reichstag beim Scheitern des Steuerkompromisses.

Das Londoner Blatt „Daily Chronicle“ wendet sich gegen den Vorschlag der Kommission der Verbandsjuristen, die deutschen Kriegsschuldigen zur Aburteilung auszuliefern.

Zum englisch-französischen Garantievertrag verlangt Poincare, wie verlautet, eine Sicherung für den Fall eines deutschen Angriffs gegen Polen.

Japan hat der Unterstellung des früheren deutschen Pachtgebiets von Kwantschau unter chinesische Verwaltung zugestimmt.

Die Verpfändung des Reichsbankgoldes.

Als vor einigen Monaten die Franzosen die Forderung stellten, daß ihnen das Gold der Reichsbank derart ausgeliefert werden sollte, daß es in das besetzte Gebiet verbracht werde, wurde seitens der Reichsbank auf den privaten Charakter der Bank hingewiesen und gegen eine Auslieferung des Goldbestands an die Entente scharfster Einspruch erhoben. Reichsbankpräsident Havenstein hat nun bei seinen beiden Reisen nach London neben dem verunglückten Versuch einer Anteihe in England bei der Bank von England ein „Lombardgeschäft“ abgeschlossen, zu dessen Ausföhrung aber zuvor eine Abänderung des Reichsbankgesetzes erforderlich ist. Es wird daher beantragt, die Paragraphen 8, 9 und 17 des Bankgesetzes, nach denen nur solche Metallbestände als Deckung der Banknoten und des Vermögensstands der Bank zu betrachten sind, die im wirklichen Besitz der Reichsbank und in ihrer Verwahrung sich befinden, aufzuheben. Es soll nun bestimmt werden, daß auch solche Beträge als Teile des Kassenbestands gelten, die von der Reichsbank bei einer ausländischen Zentralnotenbank ni berge egt sind, soweit sie zur jeweiligen freien Verfügung der Reichsbank stehen und unbelastet sind. Außerlich würde also künftig die Verpfändung des Reichsbankgoldes in den Wochenansweisen der Bank nicht mehr sichtbar sein. Man erinnert sich noch, welche peinliches Aussehen vor einiger Zeit die Verpfändung von 30 Millionen Reichsbankgold bei der Schweizerischen Nationalbank erregt hatte, weil dadurch der Goldbestand sich auf 993,6 Millionen Mark verringert hatte. Eine Ausfuhr von Gold hatte dabei gar nicht einmal stattgefunden, sondern das Gold ist nur gewisse Zeit verpfändet und bei der Reichsbank selbst verblieben. Es ist auch nicht ganz aus den Ausweisen der Bank verschwunden, sondern es wird nur unter den „sonstigen Aktiven“ geführt. Wenn jedoch das Gold in Höhe von zunächst 50 Millionen nach England überführt wird und somit aus den Kellern der Reichsbank in die Gewölbe der Bank von England übergeht, so wird das, wie gesagt, in den Wochenansweisen nicht mehr berücksichtigt. Die Reichsbank gibt das Gold hin, um dem Deutschen Reich bei der Bank von England einen Kredit zu verschaffen. Auch die Niederländische Bank und wohl ebenso andere Banken gewähren dem Deutschen Reich nur noch Kredit gegen Hinterlegung von Gold der Reichsbank und zwar — das ist bezeichnend — gegen Hinterlegung des Goldes bei der Bank von England. Das ist der englische Haupterfolg des Stundungsgeheuchs: Deutschland wird nur noch Kredit gewährt gegen Lombardierung von Gold im Ausland, nicht mehr gegen bloße Verpfändung, wobei es in Verwahrung der Reichsbank bliebe. Deshalb die Bank von England aber gerade die Bank von England sich als Treuhänderin für die deutsche Goldverpfändung auswählt, ist nur zu erklären aus dem englischen Bestreben, vor aller Welt London als das Geldzentrum der Erde an zu richten. Man könnte doch ebenso gut das deutsche Gold bei den Notenbanken der Neutralen hinterlegen.

Die Reichsbank hat zwei Bedingungen gestellt: Einmal soll keine Reparationsabgabe, d. h. also keine 26prozentige Abgabe von der Goldzufuhr, die in Höhe von zunächst 50 bis 100 Millionen Goldmark erfolgen soll, erhoben werden und zweitens soll die Erlaubnis zur Rückführung des Goldes nach Deutschland gegeben

werden. Die englische Regierung verpflichtet sich, diese Bedingungen anzuerkennen.

Es macht sich also eine Aenderung des Bankgesetzes notwendig, wobei nur die Frage entsteht, ob das Verfahren der Bank von Frankreich zweckmäßig ist, die in ihren Ausweisen in einer Fußnote das im Ausland befindliche Gold besonders aufführt oder ob man den Goldbestand einschließlich dieses Goldes ohne Hinweis aufführt, wie die Reichsbank vorschlägt. Für die Finanzkreise, die in Frage kommen, ist die Höhe des Goldes bei der Bank von England schließlich zu wissen wünschenswert, falls die Reichsbank einmal zur Befestigung der deutschen Mark, wenn auch vielleicht auf dem Weg des Zwangs seitens der Entente kommen sollte. Das deutsche Volk müßte aber aus den veröffentlichten Zahlen der Wochenansweise immer erkennen können, in welchem Umfang das Reichsbankgold in das Ausland übergeführt ist, wo es schließlich eines Tags auch dem Verlangen der Feinde gemäß, für Entschädigungszahlungen verfallen kann. Genau so verfallen wie die im März 1919 zur Beschaffung von Lebensmitteln zunächst auch nur in Brüssel verpfändeten 1050 Millionen Goldmark.

Eine Reichs-Getreide A.-G.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Nachdem die Zwangswirtschaft auf den Aussterbe-Etat gesetzt ist und damit die Gefahr der Auflösung der Reichsgetreidebestelle droht, gehen allerlei Gerüchte von neuen Gründungen um, die zwar nicht mehr auf zwangswirtschaftlicher Grundlage beruhen sollen, sondern sich der gemischtwirtschaftlichen Betriebsform unter Mitwirkung des Reichs bedienen und auf aktienrechtlicher Grundlage aufgebaut werden sollen. Es befindet sich zurzeit eine Getreide- und Futtermittel-Aktiengesellschaft in der Gründung. In materieller Hinsicht ist bereits alles geregelt und der Vertrag harret nur noch der Vollziehung vor dem Notar. Strittig ist man sich offenbar noch über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, über den Vorstand dagegen ist man sich einig zu sein. Beteiligt ist das Reich und die Genossen, haupt, vor allem die Konium-Genossenschaften. Als Abgeber kommt die Nationalbank für Deutschland in Frage, die auch für die Unterbringung des offenbar Handelskreisen zu überlassenden Aktienkapitals in Höhe von 45 Prozent zu sorgen hat. Es werden verschiedene Berliner Getreidehändler genannt, aber namentlich auswärtige Mühlen, die besonders stark für die Reichsgetreidebestelle beschäftigt sind, die Aktien übernehmen sollen.

Wenn bei der neuen „Transaktion“ das Reich und die Genossenschaften auch die Mehrheit des Aktienkapitals und damit scheinbar die Macht in Händen haben, so dürfte doch das Unternehmen in erster Linie von den finanziellen Kreisen, den Geldgebern, beeinflusst werden trotz ihres geringeren Anteils am Aktienkapital. Es kommt also ganz darauf an, in welche Hände dieses gelangt. Man fürchtet wohl nicht mit Unrecht, daß es gewissen Firmen ausgeliefert wird, die dadurch die Beherrschung des ganzen inländischen Getreidemarkts an sich reißen wollen. Kommt die Aktiengesellschaft, so wie sie geplant ist, zustande, so wird sie, da sie als Uebergangswirtschaftsstelle an die Stelle der Reichsgetreidebestelle tritt und kapitalkräftig den Getreidehandel nun betreiben soll, eine ungeheure Macht erlangen und die Landwirtschaft wird dieser Organisation dann auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Denn diese Aktiengesellschaft kann und wird unter gewissen Umständen die Preise der landwirtschaftlichen Produkte vorschreiben. Das ist auch der Hauptzweck der neuen Organisation, aber die Auskunft zu geben die Reichsregierung alsbald Veranlassung nehmen sollte.

Der Hungertod in Rußland.

Nach einer Rigaer Meldung der Zeitung „Politiken“ in Kopenhagen verheeren Krankheiten und Seuchen Rußland gegenwärtig wie nie zuvor. Ueber den Gesundheitszustand in dem Hungergebiet teilt die Moskauer „Pravda“ folgende Zahlen mit: In der 4000 Einwohner zählenden Stadt Komadisch in der Tartarenrepublik wurden im Laufe einer Woche folgende Krankheitsfälle verzeichnet: Typhus 90, Ruhr 775, akute giftige Krankheiten 39, Storbüt 117, Tuberkulose 41, fibrische Pest 80, Malaria 345. Von den 4000 Einwohnern der Stadt

waren also 1487 krank. Die Räteregierung bringt täglich alarmierende Nachrichten darüber, daß verschiedene Arten Typhus und andere epidemischen Krankheiten mit der Schnelligkeit eines Sturmwindes über das Land verbreitet werden, zehnmal schneller als nach der Auflösung des Deutschen Heeres im Jahr 1919. Die Hunderttausende, die vor der Hungernot flüchten, verbreiten die Epidemien über das ganze Land. Die Flüchtlinge befinden sich in einer unbeschreiblichen Verfassung. Die meisten gehen in Lumpen und sind monatelang nicht mit Wasser in Berührung gekommen. Der größte Teil ist von Ungeziefer, besonders von Läusen, bedeckt. Der oberste Kommissar des Gesundheitswesens erklärte: Wir haben es nicht mit einzelnen Ansiedlungsherden zu tun, und die Krankheit kann deshalb nicht lokalisiert werden. Das ganze Land ist angefüllt. Die Eisenbahnstationen sind mit fast nackten, barfüßigen Menschen überfüllt, die wochenlang rings im Schnee liegen, oder in den kalten Eisenbahnwagen frieren. Täglich werden Massen von Leichen aus den Zügen entleert, die die Flüchtlinge befördern. Andere Mitteilungen in der russischen Presse besagen, daß die Epidemien ihre Opfer auch unter den Regierungskommissaren und unter dem ausländischen Sanitätspersonal suchen, die zur Bekämpfung des Glucks tätig sind. Selbst in Petersburg wurden wöchentlich 350 bis 500 Typhusfälle festgestellt. Die Räteregierung traf verschiedene Maßnahmen gegen die Krankheiten, aber es besteht nur wenig Hoffnung, daß sie Erfolg haben. Nach der russischen Presse entzieht sich über die Hälfte der Flüchtlinge jeder behördlichen Aufsicht. Die Wartehäuser, wo die Flüchtlinge sich aufhalten sollen, ehe sie weiterbefördert werden, sind in einem so furchtbaren Zustand, daß gerade sie als die gefährlichsten Ansiedlungsherde betrachtet werden müssen.

Genf, 16. Jan. Im Völkerrundrat wurde berichtet, daß die Lage in Rußland seit zwei Monaten sich erheblich verschlechtert habe. Die starke Auswanderung nach Polen habe eine Schwächung der polnischen Sicherheitsmaßnahmen zur Folge gehabt und ein Anwachsen des Typhus verursacht. Außerdem seien auch Cholera und ähnliche Krankheiten zu befürchten. Da im kommenden Frühjahr ungefähr 700 000 russische Flüchtlinge in Polen und in anderen Randstaaten zu erwarten seien, müßten schon jetzt alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um eine Ausbreitung der Seuchen zu verhüten.

Neues vom Tage.

Der Bericht in Berlin.

Berlin, 16. Jan. Die deutsche Abordnung ist gestern Abend aus Cannes hier eingetroffen; Dr. Nahebau hatte sofort eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler, woran sich Unterredungen mit verschiedenen Ministern schlossen.

Brotpreishöhung um drei Viertel.

Berlin, 16. Jan. WTB. teilt mit, die Reichsregierung sehe sich außerstande, ihre Absicht, die Brotverbilligung durch Reichszuschüsse bis zur nächsten Ernte durchzuführen. Einmal dränge der Verband auf Aufhebung der Reichszuschüsse, andererseits habe die Balutaverfälschung eine bedeutende Mehrausgabe verursacht, sodaß statt der vorgesehenen 3/4 Milliarden wahrscheinlich nahezu 1 1/2 Milliarden für das Brotgetreide aufzuwenden gewesen wären. Die Reichsgetreidebestelle werde daher vom 16. Februar an die Abgabepreise für Mehl und Getreide in einem Maße erhöhen, daß der Brotpreis um etwa drei Viertel des gegenwärtigen Durchschnittspreises verteuert werde.

Austritt der Großdeutschen aus der Regierung.

Wien, 16. Jan. Die Reichsleitung der Großdeutschen Volkspartei nahm eine Entschliebung an, das Abkommen von Lana mit der Tschechoslowakei bedeute eine förmliche Anerkennung des Friedensvertrags von St. Germain und nehme Österreich die Möglichkeit, die Aenderung des Vertrags zu betreiben. Die Partei versage daher der jetzigen Regierung die fernere Unterstützung. Der großdeutsche Parteiminister Waber ist zurückgetreten.

Das Kabinett Poincare.

Paris, 16. Jan. Das neue Kabinett wurde gestern gebildet und setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsident und Neuhäuser Poincare, Vizepräsident, Justiz und Ministerium für Emsch-Lothringen Barthou, Inneres Manoury, Finanzen de Vasteyrie, Krieg und Pensionen General Maginot, Unterricht Leon Verard, Kolonien Sarraut, Arbeit Peyronnet, Gesundheitswesen Alexander Verard, Verkehr



re Trocquer, Marine Wadert, Landwirtschaft Cheron, „befreite Gebiete“ Reibel, Handel Dior. Poincare beginnt zu wirken. Die Kriegsbefehlshaber sollen ausgeliefert werden.

Paris, 16. Jan. Die Kommission für Aburteilung der „Kriegsverbrecher“ hat dem Obersten Rat eine Entschliessung unterbreitet, in der u. a. ausgeführt wird, nach der Ansicht der Kommission habe das Reichsgericht in Leipzig, mit geringen Ausnahmen, nicht genügende Bemühungen zur Aufdeckung der Wahrheit unternommen und daher keinerlei Genugtuung gegeben. Verschiedene „Kriegsverbrecher“ seien freigesprochen, andere zu mild bestraft worden. Die Kommission glaubt, daß weitere Fälle nicht mehr dem Reichsgericht überlassen werden dürfen, sondern daß die deutsche Reichsregierung aufgefordert werden müsse, die Befehlshaber den verbündeten Mächten zur Aburteilung auszuliefern.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Paris gemeldet wird, ist die Entschliessung der Kommission, die vor einer Woche gefaßt wurde, das Werk Poincares. Ueber das Auslieferungsbegehren hat der Oberste Rat zu entscheiden.

Die Unterredung Lloyd Georges mit Poincare. Paris, 16. Jan. Ueber die Rückreise Lloyd Georges wird weiter berichtet: Lloyd George traf am Samstag nachmittags 3 Uhr in Paris ein. Am Bahnhof begrüßte ihn Briand und der englische Botschafter Lord Hardinge. Lloyd George begab sich in die englische Botschaft, wo er um 4 Uhr den Besuch des neuen französischen Ministerpräsidenten Poincare empfing. Die Unterredung dauerte 1 1/2 Stunden und soll sehr herzlich gewesen sein. Dagegen unterblieb die angekündigte Rede mit dem Präsidenten Millerand, der hauptsächlich den Sturz Briands betrieblen haben soll. Abends reiste Lloyd George wieder ab und traf am Sonntag in London ein.

Poincare wird noch eine Unterredung mit dem englischen Außenminister Lord Curzon haben. Ferner soll eine Besprechung zwischen dem Finanzminister de Lasteyrie und dem englischen Schatzsekretär Horne stattgefunden haben. Die Verhandlungen werden nach dem „Matin“ in dieser Woche fortgesetzt.

Paris, 16. Jan. Der „Matin“ berichtet über die Unterredung Poincares, alle zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen werden in erster Linie behandelt werden, aber nicht mehr in persönlichen Unterhandlungen, sondern von Regierung zu Regierung. Der Entschädigungs- und Sicherheitsvertrag werden zweifellos ihrer Bewirklichung entgegengehen, aber sie werden vollständiger und genauer ausfallen und Frankreich werde darin nicht als Hilfslehender erscheinen. Der Sicherheitsvertrag werde den Schlüsselstein eines dauerhaften Gebäudes bilden. Allerdings werde es schwer sein, der Konferenz von Genua auszuweichen, nachdem unglücklichweise die französische Unterschrift gegeben sei, aber voraussichtlich werde Poincare an dieser Verhandlung nicht teilnehmen, sondern es werde Bibiani damit beauftragt werden.

Annahme des Irland-Vertrags.

Dublin, 16. Jan. Das irische Parlament hat den Vertrag mit England einstimmig genehmigt. Die Anhänger Devaleras hielten sich der Sitzung fern. Die einstweilige Regierung unter Leitung Collins wurde mit der Ausführung des Vertrags beauftragt. Geffith bleibt anscheinend Präsident des Parlaments, das gleichzeitig mit der einstweiligen Regierung bis zu den allgemeinen Wahlen in Tätigkeit bleiben wird.

Spiel und Sport.

Fußball.

fr. Die Ligaverbandsspiele sind in Süddeutschland in entscheidende Bahnen getreten. In verschiedenen Kreisen kamen Spiele von besonderer Bedeutung zum Austrag. In Württemberg waren die Ergebnisse: Pfcil — Riders 0:6; Feuerbach — V.f.B. 4:2; Tbb. Ulm — Ulm 94 2:6; Sportklub — Cannstatt 3:1; Sportfreunde — Bödingen 4:0; Eintracht — Gmünd 0:1; Heilbronn — V.f.B. 1:1. — Südwest: 1. F.C. Kfzheim — A.F.S. 1:1; Weiertheim — V.f.B. Karlsruhe 0:2; Frantonia Karlsruhe — Birlensfeld 6:1; Offenburg — Vvraach 2:1; 1. F.C. Freiburg — Brödingen 2:3. — Oberrhein: Waldhof — Sandhofen 1:2; V.f.R. Mannheim — V.f.B. Heidelberg 4:1. — Nord-

Bayern: M.F.B. Fürth — 1. F.C. Nürnberg 1:1; Schweinau — Spielog. Fürth 2:3. — Südbayern: Wader München — F.B. Augsburg 4:0; Ingolstadt — Bayern 0:5.

Hockey.

Im Schlusspiel um die württ. Hockeymeisterschaft gewinnt Eintracht Stuttgart gegen Spielog. Tübingen mit 2:1.

Radsahren.

In Darmstadt wurden die süddeutschen Meisterschaften im Sechser-Niederrad-Rundreiten und ein Zweier-Radballspiel ausgetragen. Sieger im Reigen wurde Velozipedklub Darmstadt und im Radball Radsportklub Germania Frankfurt.

Landesversammlung der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 16. Jan. Im Anschluß an die Vertreterversammlung am Samstag sprach im Oberen Museum Frau Fabrikant Heyd über die Mitarbeit der deutschen Frau in der Politik.

Die Landesversammlung am Sonntag wurde vormittags 11 Uhr vom Landesvorsitzenden Abg. Hofrat Bides mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Reichstagsabg. Bürgermeister Dr. Marekll sprach sodann über die politische Lage: Das Interesse der politischen Welt weilt in diesen Tagen bei den Ereignissen von Cannes. Das Kennzeichen unserer Lage dort war, daß das Geschick des deutschen Volkes auch dort abhängig von der Machtpolitik unserer Feinde und in der Begrenzung der wirtschaftlichen Erscheinungen. Wir gelten nicht mehr als ein Machtfaktor. Es ist nicht chlos, sich einer brutalen Gewalt zu beugen. Ich verurteile daher nicht ohne weiteres jenes erzwungene Londoner Finanzdiktat. Ich verurteile aber diejenigen, die damals dieses Diktat annahmten und dann vor das deutsche Volk hintraten und sagten, es ist möglich, dieses erzwungene Diktat zu erfüllen. Die Folge des Zusammenbruchs unserer Währung ist Cannes gewesen, von dem wohl niemand erwartet hat, daß es uns den Weg wieder freimachen werde zum Wiederanstieg unserer Wirtschaft. Aber man hatte doch mehr erwartet, als das kümmerliche Ergebnis, das wir vor uns sehen. Bargeldzahlungen und Sachleistungen sind Werte, die herausgehoben, ohne daß dafür irgendein Gegenwert zurfließt. Sie müssen zur vollkommenen Entkräftung und zum Ruin unserer Wirtschaft führen. Deshalb mißbilligen wir auch das Wiesbadener Abkommen. Wir sind nicht in der Lage, 3-5 Milliarden Goldmark aufzubringen, auch unsere Feinde wären dazu nicht imstande, am wenigsten Frankreich. Zahlen könnten wir nur, wenn wir in unsere Vermögenssubstanz eingriffen. Auch dann könnten wir nur einen witzigen Teil der Wiedergutmachungen erfüllen. Greifen wir aber in die Vermögenssubstanz, dann werden wir immer zahlungsunfähiger. Es gibt nur eine Möglichkeit, man soll uns in Ruhe unsere Wirtschaft und Währung in Ordnung bringen lassen. Wir müssen dahin kommen, daß wir wieder einen Aktivsaldo bekommen. Solange der nicht erreicht ist, können wir mit Aussicht auf Leistungen auch keinen Pfenning abführen. Der Friedensvertrag von Versailles leidet an einem Nechnungsfehler. Man glaubt, Deutschland zu schädigen, ohne daß dies eine Rückwirkung auf die Siegerstaaten hätte. Das wäre vor Jahrhunderten möglich gewesen, heute aber nicht mehr. Frankreich will Deutschland mit Absicht niederhalten, weshalb alle Annäherungsversuche von deutscher Seite stets zwecklos sein werden. Der Weg der Aenderung der Weltlage geht durch England, weshalb unsere auswärtige Politik darnach einzustellen ist. In der nächsten Zeit können wir auf eine durchdringende Hilfe und die Schaffung einer freien Bahn zum Aufstieg nicht erwarten.

Was sollen wir angesichts dieser auswärtigen Lage im Innern tun? In der Kriegsschuldfrage ist es heute das Richtige, diesen Streit über die innere Schuld zurückzustellen. Es ist auch richtig, den Vorwurf „von

dem Volkstoß im Rücken“ nicht zu erneuern. Der Weg zur Volksgemeinschaft muß über die Arbeitsgemeinschaft gehen; wir sehen sie in der großen Koalition einschließlich der Sozialdemokratie. Wir sind innerlich der festen Ueberzeugung, daß die monarchische Staatsform einen hohen moralischen Stand des Beamtenkörpers verbürgt, wie er bisher bei keiner demokratischen Staatsform zu verzeichnen war. Den Gedanken zur Einführung der Monarchie stellen wir zurück, geben ihn aber niemals auf. (Bravo!) Wir haben allen Anlaß, unser Standpunkt durch eine positive Teilnahme an der Regierung zur Geltung zu bringen. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft hatte nachteilige Folgen, aber sie zeigte den Weg zur Lebensgestaltung aus eigener Kraft. Der Einfluß der bürgerlichen Parteien wird immer mehr wachsen, je geschlossener die bürgerlichen Parteien vorgehen. Wir befürworten ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Wir stellen aber zwei Bedingungen: Wahrung der Staatsautorität auch gegenüber den Gewerkschaften, die immer mehr dazu drängen, über ihre eigenen Aufgaben hinweg politisch einzugreifen; Wahrung der Staatsautorität auch den Unabhängigen und Kommunisten gegenüber, die offen auf eine Diktatur hinarbeiten. Die Einheit des deutschen Staats darf nicht gefährdet werden. Wir halten fest an der Zuversicht unserer Vergangenheit und gehen hohen Wertes durch die Erniedrigung mit dem Gefühl, daß wir doch eines Tags wieder aufsteigen werden. (Lebh. Beifall.)

Parteitag des Zentrums.

Berlin, 16. Jan. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des preussischen Landtags, Dr. Forst, wurde gestern der zweite Parteitag des Zentrums eröffnet. Anwesend war u. a. auch Reichsfinanzminister Dr. Birtth, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprach über die politische Lage und führte u. a. aus: Die außenpolitische Lage des Reichs ist nach wie vor ungenügend. Doch ist Deutschland nicht jeden Einflusses bar, wovon die wirtschaftlichen Folgen der Diktate von Versailles und London Zeugnis ablegen. Das Ultimatum richtet sich in letzter Linie gegen seine Urheber. Nicht nur die wirtschaftliche sondern auch die politische Bedeutung Europas hat gegenüber der ganzen Welt abgenommen, dagegen ist diejenige Amerikas gewachsen. Die Entwaffnung Deutschlands hat die militärische Herrschaft Frankreichs herbeigeführt. Das alles schafft eine neue politische Weltlage. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch ist die Wiederherstellung Osteuropas nicht zu entbehren. Endlich ist der deutsche Erfüllungswille bis zur Grenze des Möglichen ein Schritt zu unterschätzender Sachwalter zu unseren Gunsten. Das Zustandekommen der Konferenz in Cannes ist ein Lichtblick, der auch durch das Obliegen der Chauvinisten in Frankreich nicht gänzlich verdundelt wird. Daß in Cannes unsere Wiederherstellungsverpflichtungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wurden, wenn auch nur für eine bestimmte Frist, war zu erwarten. Das bedeutet aber nur eine vorläufige Erleichterung. Ein sogenannter „Garantievertrag“ zwischen Frankreich und England braucht uns nicht zu beunruhigen, wäre doch auf dem Boden eines solchen Vertrags eine gewisse Entspannung der politischen Nachkriegsatmosphäre in Europa möglich. Von uns muß zurzeit eine Politik der Geduld und der klugen Mäßigung betrieben werden. Wir haben uns gleichwohl nachdrücklich zu wehren gegen offenes Unrecht und zweifelloser Vertragsverletzung. Was innerpolitische Fragen angeht, so müssen Regierung und Reichstag alles tun, um ein Uebersehensabkommen im Steinkohlenbergbau zu ermöglichen. Wir haben keinen Anlaß, von dem Grundtag des Achtstundentags abzugehen. Eine feste Richtschnur für die friedliche Verabschiedung der Steuervorlagen haben die Parteien und die Regierung nicht gefunden. Wir wollen zuversichtlich, nach Verabschiedung der Steuerreform unsere innere Finanzbedürfnisse zu befriedigen und auch noch für die Zwecke der Kriegslasten Mittel zu gewinnen. Aber an eine Erfüllung des Londoner Ultimatums auf dem Weg der Steuerreform allein, kann nicht gedacht werden. Der Staat hat unter Um-

Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höder.

47.

(Nachdruck verboten.)

„Sie gehen entschieden zuweit, Frau Bindewald,“ ließ sich nun auch Martini vernehmen, „ich gestehe offen, Ihre mehr als lässigen Schlussfolgerungen erschrecken mich nicht nur, sie setzen mich geradezu in Erstaunen. Zugegeben, das Auffinden dieses Kettenstückes ist seltsam, es bedarf der Nachprüfung, aber was beweist es im Grunde, um solche Schlüsse zu rechtfertigen.“

Die Wirtin schüttelte nur matt mit dem Kopfe. „Was soll ich auch sagen, Ihr Herren,“ antwortete sie dumpf, ich verstehe mich selbst nicht. Aber ich habe all die langen Jahre über in der lähmenden Angst vor irgend etwas Schrecklichem dahingelebt. . . tausendmal habe ich mich dabei ertappt, wie ich irre an mir und meinen guten Rechte wurde. Je mehr die Jahre gingen, desto stärker kamen die Zweifel. Tage gab es, an denen ich so irre wurde an meinem zweiten Mann, wie ich es früher am ersten geworden bin. . . und dazu immer die Angst, ich möchte in der Lüge leben und die Wahrheit müßte doch einmal an den Tag kommen und mich so elend werden lassen, wie ich ihn gemacht habe, dem ich als meines Vaters Mörder fluchte. . . daß ich nicht wahnsinnig geworden bin, ich begreife es selbst kaum.“

Erschüttert hatten die Beamten ihren Worten gelauscht, aus denen der Notfahre eines reuegeolterten Herzens nur zu vernnehmlich sprach. Ehe sie inessen recht dazu kamen, ihr gutgemeinten Trost zu bieten, hatte sich die Wirtin bereits wieder gefaßt und ihre Miene nahm rasch den starren Alltagsausdruck wieder an. „Mag sein, ich sehe Gespenster, wo keine sind“ sagte sie. Es ist seit gestern auch zu viel Hartes wider mich angeführt und ich muß mich erst wieder in Ruhe fassen lernen. . . nehmen Sie die Kette nur

an sich, Herr Rat,“ wendete sie sich an diesen. „Sie können Sie wohl brauchen. . . und noch eins,“ sagte sie, zum Kreisarzt gewendet. „Mein Mann ist nach dem Spital geschafft worden?“

Dr. Zindler bejahte. „Ich kann Ihnen die Autopsie der Leiche nicht ersparen, Frau Bindewald,“ sagte er. „Ich nehme sie noch heute Abend vor, und ich denke, der Herr Amtsrat hat nichts dagegen, wenn Sie das Begräbnis hier vom Hause aus veranstalten wollen.“

Da unterbrach ihn aber auch die Wirtin schon mit entschiedener Handbewegung. „Nein, warum den Toten erst wieder ins Haus schaffen!“ sagte sie. „Hier ist ohnehin ein Wohnhaus, darauf muß man Rücksicht nehmen. . . und für des armen Franz Begräbnis komme ich auf,“ fügte sie noch hinzu, nachdem sie eine Weile in Gedanken versunken dagestanden hatte, „er hat niemand mehr auf der Welt gehabt; ich denke, wir begraben beide zu derselben Stunde.“

Wie es die Witwe bestimmt hatte, fand das Begräbnis der beiden Opfer gemeinschaftlich statt. Fast die ganze Stadt beteiligte sich, die Vereine mit umflossenen Fahnen, ein Musikkorps schritt an der Spitze und ließ dumpfe Trauerweihen hören, trotz der ungenügenden Jahreszeit waren ganze Berge von kostbaren Blumen spenden geschickt worden, die nun in einem Sonderwagen den beiden Särgen vorausführten. Am Grabe hielt der Geistliche eine tief empfundene Rede bei der kein Auge trocken blieb — mit alleiniger Ausnahme von der Witwe selbst etwa. Es war ihr jedoch anzusehen, wie sehr sie litt; die wenigen Tage hatten tiefe Runen in ihre bleichen Flügel gegraben und die lässige Annahmbarkeit in ihrer Haltung war geschwunden. Sie machte den Eindruck einer dem völligen Niederbruch nahen Person.

Auch Amtsrat Martini hatte sich unter den Leidtragenden bewegen. Die Einladung der Witwe zum üblichen Leichenschmaus hatte er indessen so höflich

wie bestimmt abgelehnt, sich vielmehr direkt vom Kirchhof wieder nach seinem Amtszimmer im Gerichtsgebäude begeben.

Der Amtsrat trug eine besorgte, umwölkte Miene. Zunächst hatte ihm einmal Mehlig eine große Enttäuschung bereitet; gerade von dessen Verhör hatte er sich eine ausgiebige Ausbeute versprochen, aber das gerade Gegenteil war eingetroffen. Als er sich den mittlerweile wieder nächsten Gewordenen am nächsten Tage hatte vorführen lassen, war aus ihm weder im guten noch im schlimmen irgend etwas herauszubringen gewesen. Mehlig hatte vielmehr den Ton eines gekränkten Biedermannes angeschlagen und war nicht müde geworden, energisch gegen seine ungerechtfertigte Verhaftung zu protestieren. Wenn dies der ganze Dank dafür sei, daß er bei Aufhaltung des flüchtigen Schlittenpferdes sein eigenes Leben riskiert, so werde er sich einfach das nächste Mal schön halten, ein gleiches zu tun. Auf das bestimmteste behauptete er, von den Vorgängen in der Nacht nichts wahrgenommen zu haben. Er hatte bis gegen 5 Uhr morgens geschlafen und sich dann, von einem ungeheuren Trinkerlangen gequält, in die Wirtin gestürzt geflüchtet. Das hatte er durch die Hintertür bewirkt; er gab an, daß das Schloß schadhaft sei und man es, wenn man die Tür an der Klinke hochhebe, auch im verschlossenen Zustande ohne Schlüssel öffnen könnte. Diese Behauptung entsprach der Wahrheit, wie der Amtsrat durch sein eigenes Experiment an Ort und Stelle feststellte. Die Dazwischenkunft des Hausdieners Franz habe er nicht gefürchtet, zumal er auf Strümpfen herangebirgt und völlig geräuschlos zu Werke gegangen sei. Die Wegnahme der beiden Kognakflaschen räumte der Verhaftete ohne weiteres ein; da es sich hier lediglich um Mundraub handelte und die Wirtin keinen Strafantrag stellen wollte, schied diese Vernehmung ohne weiteres aus.

(Fortsetzung folgt.)

standen das Recht und die Pflicht, in den Bestand des Vermögens einzugreifen. Aber diese Eingriffe haben ihre Grenzen. Vor allem dürfen Werte nicht in das bodenlose Faß der Wiederherstellungszahlungen geworfen werden. Mit den Sozialdemokraten könne und müsse man zusammenarbeiten. Dagegen seien die Bestrebungen der äußersten Rechten und Linken abzuweisen.

Nach längerer Erörterung wurde eine Entschlie-
fung einstimmig angenommen, in der es heißt: Der Reichsparteitag spricht der Parteileitung und der Fraktion des Reichstags sein vollstes Vertrauen aus. In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage erklärt er sich rüchhaltlos einverstanden mit der von der Regierung geführten Politik der Klugheit und Mäßigung, die, unbekümmert und zielicher geführt, der wirtschaftlichen Gesundung der gesamten Welt und der Zusammenarbeit der Völker die Wege ebnet wird. Der Reichsparteitag ist ferner davon überzeugt, daß unsere Finanzpolitik energisch weitergeführt werden muß unter Berücksichtigung der Grundsätze einer gerechten Lastenverteilung und praktischer Durchführbarkeit. Der Reichsparteitag erblickt in der entschiedenen Abweisung einseitiger politischer Richtungen der Rechten und der Linken, die unser Vaterland nicht zur Ruhe kommen lassen, das Gebot der Stunde. Nur eine weise Politik der Mitte vermag die Aufgabe der Versöhnung aller Kreise und der Einigung aller Deutschen zu erfüllen.

Der württembergische Minister Graf sprach über Reich und Einzelstaaten und sagte u. a.: Den in den Reichsinstanzen immer deutlicher werdenden Bestrebungen, die Reichszuständigkeit zu erweitern, muß Einhalt geboten werden. Dem gefährlichen Zentralismus muß man zuzufügen: Bis hierher und nicht weiter.

Württemberg.

Stuttgart, 16. Jan. (Streik.) Die Lohnbewegung in der gesamten Holzindustrie von Württemberg und Baden ist an einem kritischen Punkt angelangt. Am Montag standen die Klavierarbeiter der hiesigen Industrie wegen Lohnforderungen im Streik. Die Bau- und Möbelschreiner arbeiten mit Ausnahme der Belegschaft der Möbelfabrik Maurer. Die Lohnverhandlungen stehen aber auch hier an einem kritischen Punkt. Auch die Schuhmachergehilfen stehen in einer Lohnbewegung, denn die Meister lehnten den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ab, der eine Lohn-
erhöhung von 40-55 Prozent vorschlug.

Oberkirchberg, 16. Jan. (Wildereis Tod.) Das gräflich Jünger'sche Forstpersonal verfolgte seit Wochen die Spuren eines Wildereis, der südlich Oberkirchberg sein Handwerk verwegend ausübte. Am letzten Freitag vormittag hatte er zwei Rehe erlegt, entkam aber mit seiner Beute auf dem Rad. Das englische Militärgewehr, das er führte, wurde am gleichen Abend in einem Heustapel auf dem Feld gefunden. Dort warteten nun die Beamten auf sein Erscheinen. Am Samstag morgen kam er wieder und prallte auf zwei Beamte, die ihn trotz seiner Drohungen festnahmen. Er erreichte aber plötzlich sein Rad und versuchte zu entkommen. Als er auf Anruf nicht hielt, feuerte laut „Schwäb. Volkshote“ der eine Beamte einen Schuß auf das Hinterrad, wobei sich aber gleichzeitig der zweite Schrotlauf entlud, der den Fährtenling in den Rücken traf, so daß er tödlich getroffen in den Graben stürzte. Untersuchung ist eingeleitet.

Stuttgart, 16. Jan. (Vereinsjubiläum.) Der Württ. Anthropologische Verein beging sein 50jähriges Bestehen mit einem Festakt in der Technischen Hochschule. Staatspräsident Dr. Hieber hielt dabei eine Ansprache, in der er dem Verein für seine Arbeit dankte. Der Rektor der Universität Tübingen, Professor Dr. Wahl, und der der Technischen Hochschule, Professor Dr. Gutbier, überbrachten weitere Glückwünsche. Professor Keller sprach namens des Geschichts- und Altertumsvereins. Professor Dr. Göhler gab einen Überblick über die Arbeiten des Vereins und seine Geschichte.

Das Meß-Hotel. Die Stuttgarter Handelshof-A.-G. hat das Gebäude Ecke Friedrich- und Fürstenstraße, in dem früher ein Schauspieltheater, vorher das Warenhaus Tisch und das ehemalige Hotel Oberpollinger untergebracht waren, in ein Meßhotel umgebaut, das 34 Fremdenzimmer enthält. Das Haus ist für Handelsreisende gedacht, die den mit dem Hotel direkt verbundenen Handelshof für Ausstellungszwecke benötigen. Es ist zweckmäßig und modern eingerichtet. Den Hotelbetrieb führt ein Crailsheimer, Herr Duffing.

Kapitalerhöhung des Stuttgarter Zeitungsverlags, G. m. b. H. Die Gesellschaft, die hauptsächlich das „Stuttgarter Neue Tagblatt“, die „Württembergische Zeitung“ und die „Gannatter Zeitung“ herausgibt, hat durch Beschluß der Gesellschafter das Stammkapital auf 5 Millionen Mark erhöht. Die bisherigen Gesellschafter haben die sämtlichen Stammeinlagen auf das erhöhte Kapital übernommen.

Einbrecherbanden. Die Kriminalabteilung des Landspolizeiamts hat einigen Einbrecherbanden, die 32 Einbruchdiebstähle verübt haben, das Handwerk gelegt. Eine dieser Banden, die unter der Führung des 25 Jahre alten ledigen Tapeziers Paul Schäfer von Stuttgart stand, suchte auf ihren Raubzügen hauptsächlich die Nachbarschaft von Stuttgart heim, namentlich Weil im Dorf, Kornthal, Emdlingen und Böblingen. Gestohlene Waren im Wert von über 80 000 Mark konnten wieder beigebracht werden.

Stuttgart, 16. Jan. (Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau.) Das Württ. Ministerium des Innern hat neue Richtlinien für eine zeitgemäße Regelung der Belohnungen und Reisevergütungen der mit der Schlachtvieh- und Fleischbeschau betrauten Personen aufgestellt, wodurch eine nahezu gleichmäßige Belastung der beteiligten Gewerbetreibenden und eine wesentliche Erleichterung für den Tierbesitzer erzielt wird. Die nebenamtlichen Beschauer dürfen folgende Gebüh-
ren erhalten: für je 1 Stück Rindvieh (ausschließlich Küber) 7.50 Mk., die übrigen Tiergattungen 4 Mk. Wenn damit Fleischbeschau verbunden ist, beträgt die Gebühr bei Rind-

vieh 15 Mk., bei Schwoenen 7.50 Mk., Kälbern, Schafen, Ziegen und Hunden je 8 Mk. Diese Sätze gelten auch bei Rot- und Hauschlachtungen ohne vorausgegangene Schlachtviehbeschau. Für Beschau eingeführten Fleisches beträgt die Gebühr für Rindvieh und Schwoene (für das ganze Tier oder ein Teilviertel) 7.50 Mk., bei Kälbern u. a. 6 Mk., für Fleischstücke bis zu 10 Kg. 4 Mk., für weitere 10 Kg. je 1.50 Mk. mehr. Der Tierarzt hat erheblich höhere Gebühren zu beanspruchen.

Schöterdingen, 16. Jan. (Unter die Räder.) Am Sonntag vormittag glitt der 25 Jahre alte verheiratete Schaffner Friedrich Thum von hier auf dem Trittbrett des sich im Gang befindlichen Zuges der Silberbahn aus und kam dabei unter die Räder, wobei ihm beide Füße abgefahren wurden.

Münsheim, 16. Jan. (Teure Schafweide.) Für die hiesige Schafweide wird nunmehr 71 000 Mark bezahlt.

Dehringen, 16. Jan. (Todesfall.) Prinz Max zu Hohenlohe-Dehringen, der Bruder des Fürsten, ist in Berlin nach längerem Leiden verschieden.

Jagstfeld, 16. Jan. (Raubmord.) An dem auf der Strecke Heidelberg-Jagstfeld zwischen Steinfurt und Grombach gelegenen Bahnhofsgebäude 12 wurde in der Nacht auf Sonntag der Bahnwart Wanner ermordet. Man fand ihn in seiner Wohnung erschossen auf; sein Sohn war schwer verletzt. Man nimmt an, daß Raubmord vorliegt. Als Täter kommen zwei junge Burschen in Frage, von denen der eine 17 Jahre alt sein dürfte, einen älteren Mantel und eine Militärmütze trug. Der andere ist ein anfangs der 20er Jahre stehender Mann, der einen großen Schlapphut trug.

Bessen, 16. Jan. (Ermittelter Kirchendieb.) Zu dem in der Nacht vom 27. Dezember verübten Kirchendiebstahl wurde der 36 Jahre alte ledige Stallschweizer Jakob Rath von hier als Täter ermittelt. Die gestohlenen Kirchengeräte sind wieder beigebracht worden.

Rottenburg, 16. Jan. (Für die Mittelstandsnothilfe.) Ein bischöflicher Erlass bestimmt, daß am Sonntag, 22. Januar, Opferbeden zur Unterstützung der Mittelstandsnothilfe aufgestellt werden.

Laupheim, 16. Jan. (Brotpreiserhöhung.) Durch Bekanntmachung des Oberamts werden mit sofortiger Wirkung die Mehl- und Brotpreise neu festgesetzt. Der Preis für Brotmehl bleibt unverändert, der Preis für Weizenmehl wird auf 3 Mk. und der Preis für einen 2 Pfund-Laib auf 3.65 Mk. erhöht.

Waldsee, 16. Jan. (Das Lebensmittelamt aufgehoben.) Das Lebensmittelamt Waldsee ist amtlich aufgehoben worden, da Anlage von gewisser Seite gegen den letzten Verwalter erhoben worden ist; ob mit Recht oder Unrecht, wird die Untersuchung ergeben.

Mitmaßliches Wetter.

Die Wetterlage hat sich wenig verändert. Am Mittwoch und Donnerstag ist weiterhin trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 16. Jan. Unter großem Andrang begann heute vor dem Schwurgericht in Heidelberg der Prozeß gegen den Mörder der beiden Bürgermeister, Siefert.

Mannheim, 16. Jan. Wie das „Neue Mannheimer Volksblatt“ meldet, erschienen am Samstag vormittag unvermutet bei verschiedenen Firmen der Expeditions- und Reedereibranche Beamte vom hiesigen Finanzamt in Begleitung von Kriminalbeamten, beschlagnahmten sämtliche Kassenbücher und veriegelten die Kassen. Anscheinend vermutet man Steuerhinterziehung. Ob sich dies bewahrheitet, bleibt abzuwarten.

Ladenburg (bei Mannheim), 16. Jan. Am Redaktionsan wird für Ladenburg ein sehr umfangreiches Industriegebiet erschlossen.

Baden-Baden, 16. Jan. Am Samstag und Sonntag fand hier der Gantag der Bad. Schwimmer statt, der gut besucht war. Es wurde beschlossen, eine Neueinteilung folgender Bezirke zu treffen: 1. Bezirk Südbaden umfassend das Gebiet vom Bodensee bis zur Schutter (Vertreter Dr. Stähmer in Freiburg); 2. Bezirk Mittelbaden, umfassend das Gebiet zwischen Schutter und Pfinz (Vertreter Dr. Rehb in Rastatt); 3. Bezirk Nordbaden, umfassend das Gebiet nördlich der Pfinz (Vertreterwahl noch offen). Die Bezirke sollen jährlich ein Bezirkschwimmen für die Vereine des Bezirks veranstalten.

Offenburg, 16. Jan. Die Frau des Kaufmanns Josef Weber in Densbach lebte mit ihrem Mann in fortgesetzten Streitigkeiten. Bei einem ehelichen Zwist im Sommer vorigen Jahres verletzte die Frau durch Unachtsamkeit ihren Mann mit einem Meißer am Halse schwer. Sie unternahm nichts, um ihn zu retten, sodaß er starb. Die Offenburger Strafkammer verurteilte die Frau zu 4 Monaten Gefängnis.

Emmendingen, 16. Jan. In dem Hause des Zimmermanns Scharbach erschienen letzten Freitag abend plötzlich zwei fremde Männer, würgten die allein anwesende Frau und schlugen sie nieder. Als der Sohn der Ueberfallenen dazu kam, stießen die Räuber.

Nadolzell, 16. Jan. Auf der Gemarkung Gailingen ist vor einigen Wochen eine Lachmöve erlegt worden, die einen Fuhling der Vogelwarte Rossitten an der Ostsee trug. Die Vogelwarte hat festgestellt, daß die Lachmöve am 8. Juni 1921 in ihrem Nest auf dem Mödenbruch in Rossitten heringet worden ist. Als Jungvogel hat das Tier somit ganz Deutschland von der Nordostgrenze bis zur Südwesgrenze durchzogen.

Konstanz, 16. Jan. Aus der Fremdenlegion sind zwei Konstanzer, Karl Schupp und Heinrich Hölzle, entwischt. Wie sie angeben, suchten sie im Oktober v. J. in Karlsruhe Arbeit. Im Wartesaal des Karlsruher Hauptbahnhofs waren sie von einem unbekanntem angesprochen worden, der ihnen Arbeit in Aussicht stellte und mit dem sie nach Straßburg fuh-

ren. Dort wurden sie in eine Kaserne gebracht und dann von französischen Soldaten nach Marseille transportiert. Schließlich seien sie in die französische Fremdenlegion gesteckt worden. Mit einem russischen Offizier und einem weiteren Deutschen hätten sie sofort Pläne zur Flucht ausgearbeitet, die ihnen auch gelungen ist. Von Sidbi-Bel-Abbes wanderten sie drei Tage lang zu Fuß nach Orange, kamen auf einen amerikanischen Dampfer und von da nach Marseille. Da der Offizier französisch sprach, sei es bis Paris gut gegangen, dort wurden sie aber von einem Kriminalbeamten angehalten. Sie gaben an, daß sie aus Abignon entlassene deutsche Kriegsgefangene seien und man ließ sie laufen. In Straßburg erhielten sie Geldunterstützung und sie kamen über Weiskenburg und Landau in die badische Heimat. Nach ihrer der „Konstanzer Zeitung“ gegebenen Erzählung sollen sich in Afrika noch viele deutsche Kriegsgefangene befinden.

Vermischtes.

Aberkämpfung des Volksschullehrerberufs. Eine Statistik des preussischen Unterrichtsministeriums zeigt, daß bei den Lehrkräften der Volksschule ein beständiges Anwachsen, bei den Kindern eine geradezu erschütternde Verminderung zu verzeichnen ist. Die Schülerzahl in Preußen ist von 4 396 463 im Jahr 1910 auf 2 593 817 im Jahr 1919 gefallen. Bei 116 094 Schulstellen sind 26 062 Bewerber und Bewerberinnen vorhanden, wozu noch 1922 rund 8000, 1923 rund 7000 und 1924 1925 je rund 6000 Bewerber und Bewerberinnen kommen.

Die neugierige Kommission. In Begleitung eines anständigen und eines Münchener Polizeibeamten erschienen zwei französische Mitglieder der Ueberwachungskommission an der Klosterpforte in Füssen im bayer. Allgäu und verlangten Einblick in die Kellerräume, um da ein angebliches Waffenlager auszuheben. Die Kellerräume wurden sämtlich durchsucht, es wurden aber keine Waffen gefunden.

Lokales.

Billbad, den 17. Januar 1922.

Die Brotpreiserhöhung. Die von amtlicher Seite angeforderte Einstellung der Reichszuschüsse für die Beschaffung von Brotgetreide wird eine starke Verteuerung des Brots zur Folge haben, sodaß ein Brotlaib, der heute noch 7 bis 8 Mark kostet, auf 13 bis 14 Mark zu stehen kommen wird. Die Erhöhung des Brotpreises wird jedenfalls vor dem 1. April eintreten. In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß der amerikanische Weizen bei einem Dollarkurs von 200 Papiermark sich auf 467 Mark der Zentner stellt, während für deutschen Umlageweizen 115 Mk. und für Roggen 105 Mk. bezahlt werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit rationiertem Brot erfordert rund 4½ Millionen Tonnen, wovon 2½ Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden sollen. Bei dem hohen Dollarkurs war es indessen für die Reichsgetreidestelle vorteilhafter, in Deutschland freies Getreide aufzukaufen zu lassen, das deshalb infolge der starken Nachfrage in letzter Zeit erheblich im Preise gestiegen war.

Keine Aufhebung der Brotmarken. Die durch die Presse gegangenen Meldungen, wonach ein Abbau des Brotmarkensystems beabsichtigt sein soll, werden von zuständiger Berliner Stelle als unzutreffend bezeichnet. Eine Aufhebung der Brotmarkenwirtschaft kommt im laufenden Wirtschaftsjahr, d. h. bis August 1922, nicht in Frage. Weiter wird versichert, daß auch an eine Erhöhung des Umlagesolls der Landwirtschaft nicht zu denken ist, da dieselbe zur Zeit praktisch undurchführbar wäre.

Kapitalertragssteuer und Kriegsanleihezinsen. Von der Kapitalertragssteuer sind Kriegsanleihezinsen befreit, wenn zur Zeichnung der Kriegsanleihe ein Darlehen aufgenommen wurde. Jedoch ist diese Befreiung nur dann in voller Höhe gegeben, wenn die Darlehenszinsen höher als die Erträge der Kriegsanleihe sind. Uebertreffen aber die Kriegsanleihezinsen die Darlehenszinsen, so ist grundsätzlich die Kapitalertragssteuer zu entrichten. Nur dann, wenn die Steuer mehr ausmachen würde, als der Unterschied zwischen Kriegsanleihe- und Darlehenszinsen, tritt nach einem Entscheid des Reichsfinanzhofs eine Ermäßigung der Kapitalertragssteuer ein. Sie beschränkt sich in diesem Fall auf den Unterschied.

Gütergemeinschaft. Alles, was der überlebende Ehegatte während der fortgesetzten Gütergemeinschaft erwirbt, erhält er nicht auf Grund eines Nuznießungsrechts. Der Erwerb stellt vielmehr Früchte des gemeinschaftlichen Vermögens dar, über das der überlebende Ehegatte wie über das sonstige Gesamtgut verfügen kann. Insofern darf nach einem Entscheid des Reichsfinanzhofs kein Nuznießungsrecht nicht nach selbständig zur Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer veranlagt werden.

Uebertragbare Krankheiten in Württemberg im Jahr 1921. Im verfloffenen Jahr ist zum erstenmal allwöchentlich eine vom Statistischen Landesamt zusammengestellte Nachweisung der in Württemberg amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten erschienen. Rechnet man diese Zahlen zusammen, so ergibt sich für 1921 folgendes Gesamtbild: Diphtherie 1946 (und 55 Todesfälle), Genickstarre 8 (2), Kinderbettfieber 224 (52), ägyptische Augenkrankheit 5 (0), Lungen- und Kehlkopf tuberkulose 831 (1184), Milzbrand 3 (2), Ruhr 551 (62), Scharlach 2331 (15), Typhus 248 (41), Malaria 2 (0), Fleisch- und Würstervergiftung 142 (5). Die Grippe, die gegen Ende des Jahres in bedenklicher Weise herrschte, ist in Württemberg nicht anzeigepflichtig. In der vorstehenden Statistik ist die hohe Zahl von Erkrankungen und Todesfällen an Ruhr besonders in die Augen fallend; die Ruhr war vor dem Krieg gänzlich verschwunden. Der Krankheitskeim wurde von den zurückkehrenden Soldaten eingeschleppt und erhielt sich infolge der auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege eingetretenen Mängel. Daher wird namentlich bezüglich der Beseitigung der Abfallstoffe und Abwässer, Misthaufen, Reichtshäufen, Dünggruben, nicht bloß in den bedrohten Gemeinden, sondern überall besondere Ordnung und Reinlichkeit künftig anzuwenden sein.

Weiteres Steigen der Großhandelspreise. Die Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts ist unter dem Einfluß der Kohlenpreiserhöhungen von 3416 im Durchschnitt des Monats November auf 3487 im

Durchschnitt des Monats Dezember gestiegen. Die für die anderen Waren gegen Ende November eingetretene Preislenkung, die Mitte Dezember einen gewissen Tiefstand erreichte, wurde mit Wiederanstiegen der Devisenkurse gegen Monatsende durch eine erneute Aufwärtsbewegung der Preise abgelöst, ohne daß aber im Monatsdurchschnitt die Höhe vom November wieder erreicht wurde.

— Ungültige Briefmarken. Die Reichspostmarken mit feitherigem Ausdruck verlieren ab 20. Januar ihre Gültigkeit.

Collatur am 16. Januar 184 Mark.

Sitzung des Gemeinderats vom 10. Januar 1922.
Erweiterung der Volksschule in Sprollenhäus. Der ev. Oberschulrat hat mit Rücksicht auf die große Schülerzahl die Errichtung einer dritten Lehrstelle an der Volksschule in Sprollenhäus angeordnet, und, da im dortigen Schulhaus kein weiterer Schulraum vorhanden ist, vorgeschlagen, den Saal im Gasthaus zum Hirsch als Schullokal zu mieten. Der Gemeinderat lehnt dies ab, weil der Saal im Hirsch weder bezüglich der Stockhöhe und Belichtung, noch des Zuganges und des Aborts den Anforderungen entspricht, welche an einen Schulraum gestellt werden müssen. Da die Zahl der Schüler in Sprollenhäus in den nächsten Jahren infolge der Nachwirkungen des Kriegs beträchtlich zurückgeht, empfiehlt der Gemeinderat, mit der Errichtung der 3. Lehrstelle noch zu warten. Sollte diesem Antrag nicht entsprochen werden, so soll das erforderliche Schullokal durch einen Aufbau auf das bestehende Schulhaus gewonnen werden. Das Stadtbauamt wird beauftragt, Plan und Kostenvoranschlag hierzu zu fertigen.

Übernahme der in der Paulinenstraße liegenden Gas- und Wasserleitung. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg hat im Jahre 1902 die Wasser- und Gasleitung, sowie die Abwasserdohle zu ihrem Krankenhaus in der Paulinenstraße hier auf eigene Kosten hergestellt. Die Stadtgemeinde hat die Herstellung zufolge Beschlusses vom 15. Oktober 1902 genehmigt unter der Bedingung, daß sie die Wasser- und Gasleitung, sowie die Dohle um den Selbstkostenpreis abzüglich von 1% Abnutzung pro Jahr jederzeit übernehmen kann. Nachdem die Stadtgemeinde infolge der Ausführung der Paulinenstraße an die Gas- und Wasserleitung der Landesversicherungsanstalt jetzt Anschlüsse hergestellt hat, sollen diese Leitungen von der Stadtgemeinde käuflich übernommen werden. Die Übernahme der Abwasserdohle, an welche bis jetzt nicht angeschlossen wurde, soll aber bis auf Weiteres verschoben werden.

Postlinie Wildbad — Enzklösterle — Altensteig. Die Oberpostdirektion in Stuttgart macht die Weiterführung der Postlinie Wildbad—Enzklösterle—Altensteig davon abhängig, daß die hies. Stadtgemeinde einen Schuppen für 2—3 Kraftfahrzeuge erstellt und ihn der Postverwaltung zur Verfügung stellt. Nachdem sich die Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg vor Kurzem verpflichtet hat, ab 1. April 1922 eine täglich 2malige Verbindung nach Enzklösterle während des ganzen Jahres herzustellen und zwar ohne Zuschüsse seitens der hies. Stadtgemeinde, liegt für diese kein Anlaß vor, dem Ansinnen der Oberpostdirektion auf Erstellung einer Wagenremise zu entsprechen. Der Antrag letzterer wird deshalb abgelehnt.

Maßregelung städt. Holzhauer. In der Zeit vom 27. — 29. Dezember 1921 haben 11 Holzhauer im Stadtwald Straubentriß 15 Fichten und Tannen und 1 Forche und am 3. Januar 1922 3 Holzhauer im Stadtwald Meistern 2 Forchen und 1 Tanne umgehauen, die vom Forstmeister zum Fällen nicht ausgezeichnet waren. Die 14 Holzhauer haben sich dadurch gegen den § 9 § 7 der Holzhauerordnung in grober Weise verfehlt. Der Beweggrund zu ihrer Tat war der Eigennutz. Sie

haben die 19 Bäume unerlaubterweise gefällt, um ihren Holzhauerakkordslohn zu steigern. Den der Stadt erwachsenen Schaden schätzt das Forstamt auf 2400 Mark. Er schwerend kommt in Betracht, daß 4 Holzhauer wegen der gleichen Verfehlung im August 1921 schon bestraft werden mußten, und daß 2 Mitglieder des Betriebsrats der Holzhauer sich an der den Arbeitgeber schädigenden Handlung beteiligten (§ 1 und 66 des Betriebsräte-Gesetzes). Der Gemeinderat beschließt, die 14 Holzhauer auf Grund des § 4 § 1 und 2 der Holzhauerordnung zu einer Vertragsstrafe von je 20 Mark zu verurteilen und sie zum teilweisen Ersatz des angerichteten Schadens mit je 100 Mark auf 1400 Mark heranzuziehen. Von einer sofortigen Entlassung der Holzhauer wird, um unbillige Härten zu vermeiden, abgesehen, dagegen wird den 4 Holzhauern, welche sich zum zweitenmal verfehlten, das Arbeitsverhältnis auf 1. Februar ds. Js. und den übrigen auf 1. März gelündigt. Sämtlichen städtischen Holzhauern wird eröffnet, daß künftig jeder Holzhauer, der sich gegen die Holzhauerverordnung in grober Weise verfehlt, vom Forstamt sofort ohne Kündigung zu entlassen ist. Es folgt noch die Erledigung verschiedener kleinerer Gegenstände.

Neuenbürg, 16. Jan. Der schon seit einiger Zeit Stadt und Umgebung Neuenbürgs unsicher machende Ernst Schick konnte gestern Abend von Essigfabrikant Schmidt, wo er schon wiederholt eingebrochen hatte, festgehalten und den Sicherheitsorganen übergeben werden. Er hatte sich angeblich nachmittags ins Haus eingeschlichen und im Kinderzimmer unter der Bettlade versteckt. Die ihm zur Last gelegten Einbrüche gestand er ein. In seinem Besitze wurden eine Menge Schlüssel und Einbruchwerkzeuge gefunden.

Neuenbürg, 16. Jan. Als gestern Abend gegen 8 Uhr Fabrikant Heydecker und Bijouterie-Großist Jüngst aus Pforzheim vom Gasthof „Zum Anker“ mit Angehörigen sich zum Stadtbahnhof begaben und die Frau des Herrn Heydecker auf einem Rodesschlitten saß, wurde sie von dem aus dem „Palmenhof“ herauskommenden in den 30er Jahren stehenden Wilhelm Frank, Maga., inarbeiter hier, belästigt. Die Herren verboten sich dieses Benehmen. Darauf entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf Frank ohne jegliche Veranlassung Herrn Heydecker zwei Messerstücke beibrachte, die in die Nähe von Herz und Leber trafen. Dem Verletzten wurde von Herrn Dr. Keller die erste ärztliche Hilfe zuteil, später wurde er in einem telephonisch gerufenen Sanitätsauto nach Pforzheim gebracht. Die Verletzungen sollen ziemlich schwer sein. Frank wurde in der Nacht in seiner Wohnung verhaftet. Bei seiner Verbringung in das Gefängnis leistete er heftig Widerstand.

Letzte Nachrichten.

Keine Strafverfolgung Ludendorffs.

Berlin, 16. Jan. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Radbruch, hat auf die Anfrage der Abg. Ledebour und Dr. Rosenfeld (USP.) über die Beziehungen des Generals Ludendorff zu dem Kapp-Putsch mitgeteilt, es ergebe sich der Eindruck, daß General Ludendorff über die politischen Anschauungen und die Ziele der am Kapp-Putsch hauptsächlich Beteiligten im allgemeinen unterrichtet gewesen sei. Andererseits deute der Brief des Direktors Demich darauf hin, daß General Ludendorff „von jeder Verquickung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Aufrufs der Regierung bewahrt bleiben wollte“, damit sein Einfluß „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausgeübt werde“, dann ungemindert einsehen könne. Es scheint die Absicht der Führer des kappverräterischen Unternehmens gewesen zu sein, bis zum entscheidenden Augenblick zu vermeiden, daß die Teilnahme des Generals Ludendorff zu einer tätigen Mitwirkung werde. Diese Absicht sei, soweit es sich nach dem Beweisergebnis übersehen lasse, erreicht worden. Der Oberreichsanwalt habe unter Würdigung dieser Umstände die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung Ludendorffs an dem Kapp-Unternehmen gegeben sei, verneint und betont, daß jedenfalls kein Anhaltspunkt dafür bestehe, daß er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes vom 4. August 1920 betätigt habe. Der Reichsjustizminister tritt dieser Auffassung bei.

Um den Vertrag von Lana.

Wien, 16. Jan. Bundeskanzler Dr. Schober wird dem Bundespräsidenten vorläufig noch nicht das Rücktrittsgesuch des Kabinettsvorlegers, sondern erst mit den Parteien verhandeln, ob nach dem Austritt der Großdeutschen aus der Regierung im Nationalrat eine andere Mehrheit für den Vertrag von Lana gebildet werden kann.

Unzufriedenheit der Wiener Staatsbeamten.

Wien, 16. Jan. Die Wiener Staatsbeamten verlangten gestern in einer Massenversammlung eine allgemeine Wiener-Fulage und sprachen sich entschieden gegen den Achtstundentag aus. Die Staatsbeamten beschwerten sich über die Behandlung durch den Finanzminister Dr. Girtler und erklärten, mit diesem nichts mehr zu tun haben zu wollen. Für den Fall, daß die Forderung der Wiener-Fulage nicht bewilligt wird, will man mit dem Streik drohen.

Poincare will Deutschland auf die Knie zwingen.

Paris, 16. Jan. Einem Vertreter des „Matin“ erklärte Poincare, man müsse das Schreckbild des Kriegs nicht immer an die Wand malen, denn es wicke heute nur lächerlich. Um Deutschland auf die Knie zu zwingen, brauche man weder Krieg noch Mobilmachung.

Die Neuwahlen in England.

London, 16. Jan. Das Londoner Blatt „News of the World“ meldet, daß Lloyd George die Frage der Neuwahlen demnächst öffentlich verhandeln werde. Es sei aber zweifelhaft, ob die Neuwahlen vor dem Monat Mai stattfinden werden. Lloyd George soll nächsten Freitag in London in einer politischen Versammlung eine wichtige Rede halten.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 16. Jan. Der Getreidemarkt verkehrte in abgelassener Woche in fester Haltung bei großer Jurisdiktion sowohl der Verkäufer als auch der Käufer. Es notierten am 16. Januar je 100 Kg. ab würt. Stationen: würt. Weizen 760—780 (am 9. Jan. 740—760), Sommergerste 700—740 (unv.), Hafer 530 bis 560 (520—550), Weizenmehl Nr. 0 1150—1170 (unv.), Brotmehl: 900—920 (unv.), Kleie 390—400 (unverändert), würt. Heu 240—260 (230—250), drahtgepreßtes Stroh 90—95 (85—95) Mk. — Der diesjährige Frühjahrsaarfruchtmarkt findet am Montag, 23. Jan., im Börsenlokal (Stadtgarten) statt. Muster bis 21. Jan. an das Sekretariat der Landesproduktionsbörse in Stuttgart.

Württemberg und der Luftverkehr. Wie die „Würt. Industrie“ meldet, wird zu dem Zweck, Württemberg in den internationalen Luftverkehr einzugliedern, eine Gesellschaft m. b. H. mit einem Kapital von 300 000 Mk. zur Schaffung eines guten Flugplatzes in nächster Nähe Stuttgarts gegründet werden, an der die würt. Industrie, die Stadt Stuttgart und das Arbeitsministerium beteiligt sein werden. Zunächst kommt die Linie Stuttgart—Nürnberg—Leipzig—Berlin in Betracht, fernerhin Frankfurt a. M., wenn die Entente-Erlaubnis möglich ist, außerdem wird die internationale Linie Paris—Straßburg—Prag—Warschau und Prag—Budapest—Konstantinopel, die den früheren Flugplatz Böhlingen bereits benützt hat, eine hervorragende Ostwest-Verbindung bieten. Das Unternehmen soll im Frühjahr ins Leben treten.

Bekanntmachung.

Das Abstempeln der Brotarten für Krankenmehl findet morgen Mittwoch vormittag von 8—12 Uhr statt. Gleichzeitig kann auch das Mehl im Städt. Mehllokal abgeholt werden. Für 1 Person kostet es 3 Mk. 60 Pfg.
Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.



Radfahrer-Verein Wildbad.

Am Sonntag, den 22. Januar 1922, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal zum „Wilden Mann“ die **ordentliche Generalversammlung** statt. Anträge hiezu sind bis Freitag beim Vorstand abzugeben. Zahlreiche Beteiligung und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Ausschuß.

Wildbad, den 17. August 1922.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, die wir anlässlich dem Ableben unseres lieben Vaters

Christof Fischer

erfahren durften, sagen herzlichen Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Freundliche Einladung

zu den

Evangelisations-Vorträgen

von Herrn Pastor Stierle, Freiburg vom 16.—22. Januar 1922, jeden Abend 8 Uhr in der Kirche zu Wildbad.

Montag, 16. Jan.: Eine berechtigte Revolution.
Dienstag, 17. Jan.: Lebensende u. Lebensanfang.
Mittwoch, 18. Jan.: Feuer und Zwietracht.
Donnerstag, 19. Jan.: Antichrist und Weltende.
Freitag, 20. Jan.: Lebensmüde und Lebenskraft.
Samstag, 21. Jan.: Sind moderne Ehen glücklich?
Sonntag, 22. Jan.: Lebensweg u. Lebensführung.

Von Dienstag, 17. Jan. bis Samstag, 21. Jan. jeden Nachmittag 3 Uhr

Bibelstunden für Jedermann

im Gemeinschaftslokal: Rathausgasse 67.

Die Bibelstunde am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet in der Kirche statt.

☛ Sie sind herzlich eingeladen! ☛

Bruchleidende

Sie quälen sich unnötig! Benützen Sie kein drückendes Feder- oder nutzloses Gummiband mehr! Ich biete Ihnen das bewährteste Band, das den Bruch von unten herauf zurückhält.

D.R. Patent Dr. Winterhalter Nr. 304 113

Ohne Feder, kein Drücken mehr! Sicher und unauffällig im Tragen. Ueber 30 000 schon im Gebrauch! Garantie nur Maßanfertigung.

B. Heise, Zinkgartenstraße 2, Halle a. S.

Mein Vertreter ist mit Mustern nur Donnerstag, den 19. Januar, nachm. 2—6 Uhr im Hotel Sonne in Wildbad.

Fahrräder

und

Nähmaschinen

sowie sämtl. Ersatzteile

Reparaturen

an Fahrrädern und Nähmaschinen, sowie Gummi

zum billigst. Tagespreis.

Karl Tubach jr., Enztalstraße

Bedeutende Porto-Ersparnis

erzielen sie, wenn Sie sich

Postkarten neuen Formats

10,7/15,7 cm anfertigen lassen. -- Solche Postkarten, die Briefe ersetzen, liefert sofort rasch und billig die

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Fußbodenöl,

geruchlos, 1. Qualität. Zu haben bei Gebr. Schmitz, Med.-Drog.

Metallbetten

Stahlmattressen, Kinderbetten, direkt an Private Katalog 44 T frei. Eisenmöbellabrik suhl (Thür.)

